

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0069/2019
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 14.01.2019	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 22.01.2019

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Verkehrsausschuss	Vorberatung	30.01.2019	Ö
Wirtschaftsausschuss	Vorberatung	07.02.2019	Ö
Stadtrat	Entscheidung	13.02.2019	Ö

Betreff: Ausbau der Radabstellanlagen im Mainzer Stadtgebiet

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, 16.01.2019

gez. Eder

Katrin Eder
Beigeordnete

Mainz, 22.01.2019

gez. Ebling

Michael Ebling
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der **Verkehrsausschuss** und der **Wirtschaftsausschuss** nehmen den Sachstandsbericht der Verwaltung und die geplante Finanzierung zusätzlicher Fahrradabstellanlagen aus Mitteln der Stellplatzablässe zur Kenntnis und **der Stadtrat** beschließt den Ausbau und die geplante Finanzierung.

1. Sachverhalt

Die Stadt Mainz steht angesichts aktueller Entwicklungen zunehmend vor der Herausforderung, ihren Stadtraum lebenswert zu erhalten und zukunftsgerecht weiterzuentwickeln. Damit einhergehende Aufgaben sind beispielsweise in den Masterplänen der Stadt zu Luftreinhaltung, Lärm, 100 % Klimaschutz und Green City festgehalten. Diese verfolgen insgesamt Ziele, die Emissionen und Geräusche wirkungsvoll reduzieren und damit die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt nachhaltig verbessern. Nicht zuletzt aufgrund des drohenden Dieselfahrverbots spielt dabei der Bereich der Mobilität eine entscheidende Rolle. Die Entwicklung der Radverkehrszahlen in den letzten Jahren unterstützt den in diesem Zusammenhang zu forcierenden Trend zur Multimodalität. Mit einem Anteil von 20 % am Binnenverkehr legt jede und jeder Fünfte die Wege in der Stadt mit dem Fahrrad zurück. Diese zunehmende Nutzung des Fahrrades als Fortbewegungs- und Transportmittel kann helfen, die Ziele insbesondere des Green City Masterplans zu erreichen. Um diesen Umstieg weiterhin fördern zu können, ist auch der Ausbau der Radabstellanlagen im gesamten Stadtgebiet wichtig. Trotz stetigem Ausbau in den letzten Jahren ist nach wie vor ein Mangel an Radparkplätzen festzustellen. Dies wird zunehmend auch durch Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern bestätigt sowie zahlreiche Anträge aus verschiedenen Ortsbeiräten. Demnach ist die bisherige Zahl der Radbügel noch lange nicht ausreichend für eine Stadt in der Größe von Mainz und den bestehenden Radfahrzahlen.

Derzeit werden die Fahrräder an allen denkbaren Stellen im öffentlichen Raum angeschlossen (Laternen, Straßenschilder, Poller, etc.). Das beeinträchtigt nicht nur das Stadtbild, es kann insbesondere für Menschen im Rollstuhl oder Eltern mit Kinderwagen o. ä. zu einer erhöhten Unfallgefahr führen. Darüber hinaus können mobilitätseingeschränkte Personen die Gehwege nicht mehr ordnungsgemäß benutzen, weshalb sie auf die Fahrbahn ausweichen. Nicht selten sind diese Umwege mit Unfallgefahren verbunden. Hinzu kommt das Sicherheits- und Verletzungsrisiko für sehbehinderte und blinde Menschen.

2. Lösung

Im Zusammenhang mit den Anforderungen der Luftreinhaltung sowie des Lärmaktionsplanes und des Masterplans 100 % Klimaschutz ist die Förderung des Radverkehrs ein essentieller Baustein der hilft, die Zielwerte zu erreichen. Ein attraktives Angebot zum Abstellen von Fahrrädern bietet gerade für Ziele in der zentralen Innenstadt einen Anreiz, auf die Nutzung des PKWs zu verzichten. Neben der Entlastung von Schadstoffemissionen reduziert dies auch den Bedarf an Parkplatzflächen im öffentlichen Raum sowie in den Parkhäusern. Zudem kann die Stadt mit dem Aufstellen zusätzlicher Fahrradbügel die Unfallgefahr an mehreren Stellen minimieren und ihrer Verkehrssicherungspflicht sowie den Anforderungen aus dem Behindertengleichstellungsgesetz nachkommen.

Des Weiteren ist es nötig, vorhandene Abstellanlagen, die nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen, gegen neue und somit zeitgemäße zu ersetzen. Denn es kommt immer wieder vor, dass Fahrräder (Felgen) durch die alten Fahrradständer beschädigt werden und auch der Diebstahlschutz ist bei den alten Modellen geringer. Durch die Konstruktion des Fahrradbügels ist es möglich, sowohl sehr kleine, als auch große Fahrräder sicher und standfest zu fixieren.

Auf dieser Grundlage verfolgt die Verwaltung das Ziel, im Jahr 2019 über 350 weitere Abstellanlagen im Stadtgebiet zu installieren. Im Fokus stehen dabei Ziele, die auch von Radverkehr hochfrequentiert sind. Die Belange der Stadtgestaltung, des Grün- und Umweltamts und der Denkmalpflege sowie Feuerwehrezufahrten und Fluchtwege werden im Rahmen der Standortkoordinierung

berücksichtigt. Weiterhin können zusätzliche Radbügel an einigen Standorten die Verkehrssicherheit unterstützen.

Die Verwaltung beabsichtigt, die Abstellanlagen aus Mitteln der Stellplatzabläse zu finanzieren.

Gemäß der Anregungen der Bürgerinnen und Bürger sowie aufgrund von Hinweisen aus den verschiedenen Ortsbeiräten wurde eine erste Sammlung der diversen Radbügel-Standorte erstellt. Daraus ergibt sich vorerst eine Summe von 366 Radstellplätzen, die sich wie folgt verteilt:

Altstadt:	136
Bretzenheim:	12
Gonsenheim:	29
Hechtsheim:	41
Lerchenberg:	11
Marienborn:	10
Mombach:	6
Neustadt:	105
Oberstadt:	16

Diese Standorte werden gemäß weiterer Hinweise fortgeschrieben und ergänzt. In einem nächsten Schritt werden die bisher vorliegenden Optionen koordiniert und auf ihre endgültige Realisierung im Hinblick auf Leitungen (Gas, Strom, Telekom, etc.), Stadtbild, Grünflächen, Rettungswege und Denkmalschutz hin geprüft. Nach erfolgreicher Koordinierung werden die Radbügel mit Hilfe eines Externen perspektivisch ab Mai/Juni 2019 an den entsprechenden Stellen im Stadtraum verortet.

3. Alternativen

Der Verzicht auf ein Angebot adäquater Radabstellanlagen führt zu einer Zunahme der wild abgestellten Fahrräder im öffentlichen Raum. Dies verschärft die negativen Auswirkungen auf das Stadtbild sowie die Sicherheitsrisiken für Fußgängerinnen und Fußgänger.

4. Ausgaben/Finanzierung

Für die angestrebte Anzahl der Radabstelleinrichtungen fällt ein Anschaffungspreis von ca. 50.000 € an, die Montage wird mit ca. 70.000 € kalkuliert. Aus den Einnahmen der Stellplatzabläse stehen Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung.

5. Geschlechtsspezifische Auswirkungen

keine